



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Innen- und Rechtsausschuss
- L 215 -

Kiel, 10. November 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1141
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Innenausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t ***n e u***

über die

*76. Sitzung des **Innen- und Rechtsausschusses***

*am Mittwoch, dem 9. November 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:35 Uhr

Der Ausschuss nahm einen Bericht des Innenministers zur **Organisation- und Aufgabenentwicklung der Landespolizei**, [Umdruck 17/2798](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Er legte fest, zu den Vorlagen zur **Änderung kommunalverfassungsrechtlicher und wahlrechtlicher Vorschriften**, [Drucksachen 17/1291](#), [17/1660](#), [17/1663](#) und 17/1693, zusätzlich zur bereits durchgeführten schriftlichen Anhörung am 11. Januar 2012 ab 13 Uhr eine mündliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen wurden gebeten, ihre Anzuhörenden bis zum 18. November 2011 zu benennen.

Seine abschließende Beratung zum Gesetzentwurf der Landesregierung über den **Vollzug der Untersuchungshaft in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1255](#), und den dazu vorliegenden Änderungsanträgen verschob der Ausschuss auf eine zusätzliche Sitzung während der Landtagstagung, am Mittwoch, dem 16. November 2011, 14 Uhr.

Nach der mehrheitlichen Ablehnung der Durchführung einer schriftlichen Anhörung zum Antrag der Fraktion der SPD, **Für eine tolerante und offene Gesellschaft, Rechtspopulismus entschlossen entgegenzutreten!**, führte der Ausschuss eine alternative Abstimmung zwischen dem Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1867](#), und dem selbstständigen Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1910](#), durch. Dabei erhielt der Antrag der Fraktion der SPD die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, der Antrag der Fraktionen von CDU und FDP die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP. Damit empfahl der Ausschuss dem Landtag mehrheitlich, den Antrag der Fraktionen von CDU und FDP, [Drucksache 17/1910](#), anzunehmen und den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 17/1867](#), abzulehnen.

Zum Antrag der Fraktion des SSW, **Schleswig-Holsteinischer Integrationsplan für Roma**, [Drucksache 17/1887](#), schloss sich der Ausschuss nach mehrheitlicher Ablehnung der

Durchführung einer schriftlichen Anhörung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW der Empfehlung des federführenden Europaausschusses an, dem Landtag die Ablehnung des Antrags zu empfehlen.

Die Ausschussmitglieder stimmten weiter ab über den Kreis der Anzuhörenden für die mündliche Anhörung zum Gesetzentwurf der Landesregierung zur **Konsolidierung kommunaler Haushalte**, [Drucksache 17/1868](#), am 23. November 2011, 14 Uhr.

Sie nahmen außerdem eine Information des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Gesundheit im Zusammenhang mit dem Antrag des Abg. Dr. Michael von Abercron zum **Umgang mit Patientendaten**, [Umdruck 17/3029](#), entgegen. Hieran schloss sich eine Aussprache an.

Außerdem beschäftigte sich der Ausschuss mit einem Aktenvorlagebegehren des Abg. Heinz-Werner Jezewski im Fall des Todes eines Häftlings in der Justizvollzugsanstalt Neumünster, [Umdruck 17/3043](#). Die Ausschussmitglieder kamen überein, hierüber ebenfalls in ihrer zusätzlichen Sitzung am Mittwoch, dem 16. November 2011, 14 Uhr, weiter zu beraten.

Der Ausschuss setzte außerdem folgende Punkte von der Tagesordnung ab:

- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Gemeindeordnung und des Kommunalabgabengesetzes**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/1600](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landesdatenschutzgesetzes und des Landesverfassungsschutzgesetzes**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/1698](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zum Zugang zu Informationen der öffentlichen Verwaltung (Informationszugangsgesetz)**
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP - [Drucksache 17/1610](#)
- **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umweltinformationsgesetzes für das Land Schleswig-Holstein**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drucksache 17/171](#)

Schluss: 17:10 Uhr

gez. Dörte Schönfelder